

Liebe Leserin, lieber Leser!

Bei der Bundestagswahl gab es für einige Parteien eine kalte Dusche, unter anderem für die SPD. Für meinen wiedergewählten Kollegen im Bundestag Ruppert Stüwe und für mich als Ihrem Vertreter im Abgeordnetenhaus von Berlin ist das natürlich ein Ansporn, mit Ihnen hier in Lichterfelde im Austausch zu sein und zu wissen, welche Themen Ihnen wichtig sind. Denn Abgeordnete sind vor allem für ihre Wählerinnen und Wähler da – einschließlich derer, die eine andere Partei gewählt haben.

Dazu gibt es auch unsere Bürgerbüros und die Möglichkeit, über den Mailkontakt unter www.ruppert-stuewe.de und das Kontaktformular unter www.martin-matz.de mit uns das Gespräch aufzunehmen.

Ausgerechnet das Bundestagswahlergebnis zeigt, dass man in Lichterfelde nicht schrill und populistisch auftreten muss, sondern die Menschen mit sachlicher Arbeit und guten Argumenten gewinnen kann. Während die SPD leider bundesweit stark verloren hat, waren die Erststimmenergebnisse im Kreis für Ruppert Stüwe durchaus ermutigend. So musste er nur in einigen Stimmbezirken moderate Rückgänge hinnehmen und konnte in anderen sogar leichte Zuwächse erringen, darunter auch rund um den S-Bahnhof Botanischer Garten.

Auch auffällig in Lichterfelde: Die Stimmmanteile für ganz rechts und ganz links blieben fast überall im einstelligen Prozentbereich. Auch das zeigt, dass unsere sachliche und lösungsorientierte Arbeit größere Zustimmung findet.

Gestützt auf diese Erfahrungen wollen wir mit Ihnen im Gespräch bleiben – bei Themen vor Ort, aber auch in der Bezirks-, Landes- und Bundespolitik.

Ihr Martin Matz

Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses für Lichterfelde West und Zehlendorf-Süd

Schlaflose Nächte**Petra Hauschulz**

Nach dem ernüchternden Ergebnis der Bundestagswahl haben sich die 319 Mitglieder der SPD Lichterfelde West eine Meinung gebildet. Regierung oder Opposition? Kröten schlucken oder das harte Brot der Opposition kauen?

Keine leichte Aufgabe. Kann eine Neuauflage der Koalition mit der CDU/CSU die Lösung für die drängende Herausforderungen sein? Kann man Vertrauen in einen Bundeskanzler setzen, der sich zuvor ohne Bedenken Mehrheiten im rechten Lager holte? Die nicht einschätzbare Wirtschafts- und Bündnispolitik der USA, die marode öffentliche Infrastruktur, der Umgang mit zugewanderten Menschen aus aller Welt, der Krieg in der Ukraine und die Situation in Gaza erfordern schnelles und klares Handeln.

Auch die großen Zukunftsfragen benötigen intelligente politische Lösungen: eine echte Reform der Rentenversicherung, Modernisierung der deutschen Wirtschaft, bezahlbare Mieten, innere und äußere Sicherheit, eine gerechte Vermögensverteilung zwischen Normalverdienern und Superreichen in unserem Land und in der ganzen Welt. Und über allem steht der Kampf gegen den Klimawandel, dessen Folgen wir fast täglich spüren.

Einigkeit bestand am Ende der Diskussion, dass der Koalitionsvertrag wenig schlüssige Antworten bietet. Dazu kommt die Unsicherheit der Finanzierung, zum Beispiel durch eine Reform der Vermögens-, Erbschafts- und Kapitalsteuern.

Etliche Wünsche der CDU/CSU, wie die Änderungen im Zuwanderungs- und Asylrecht, halten wir für inakzeptabel und rechtlich zumindest zweifelhaft.

Andererseits: Gibt es derzeit eine andere demokratische Option für unser Land? Eine Minderheitsregierung mit wechselnden Mehrheiten? Vorgezogene Neuwahlen? Und vor allem: Verzichten wir auf unsere Gestaltungsmöglichkeiten in einer so prekären Lage?

Die Antwort lautet viermal „Nein“!

Wer, wenn nicht wir, sind in der Lage, jetzt die richtigen Weichen unter Wahrung sozialer Prinzipien zu stellen. Viele Themen, die uns am Herzen liegen, sind durchaus im Koalitionsvertrag verankert: Die bereits angedachten Investitions- und Wachstumspakete für Bildung, Infrastruktur und Energiemodernisierung, das Deutschlandticket, die Senkung der Energiekosten für Haushalte und die Mietpreisbremse weisen in die richtige, am Gemeinwohl orientierte Richtung.



Diese Überlegungen gaben am Ende für uns den Ausschlag. Nicht mit fliegenden Fahnen, aber mit dem festen Willen, zukunftsweisende Entscheidungen nicht den Angstmachern und rückwärtsgewandten Kräften zu überlassen, haben die Mitglieder mehrheitlich mit „Ja“ gestimmt. .

Seit August letzten Jahres sind Sie Klimaschutzbeauftragte des Bezirks Steglitz-Zehlendorf. Was sind Ihre Kernaufgaben in dieser Funktion?

Zu meinen Aufgaben als Klimaschutzbeauftragte gehört die Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes. Dazu müssen konkrete Projekte entwickelt und koordiniert sowie Fördermittel eingeworben werden. Zudem baue ich Netzwerke auf, arbeite in Gremien mit, tausche mich mit relevanten Stellen aus und wirke z.B. durch Veranstaltung an der Öffentlichkeitsarbeit mit.



© beautyshots

Welche Maßnahmen haben Sie als erstes ergriffen, welche stehen darüber hinaus aktuell an?

In den letzten Monaten habe ich den Schwerpunkt auf Netzwerkarbeit gelegt, da ich sowohl interne als auch externe Partner*innen für die Entwicklung und Umsetzung von Klimaschutzprojekten im Rahmen des Klimaschutzkonzeptes benötige.

Aktuell bin ich mit dem Relaunch der Klimaschutz-Homepage des Bezirksamtes und gleichzeitig mit der Organisation einer bezirklichen Klimawoche vom 15. bis 19. September 2025 beschäftigt. Interessierte Veranstalter*innen können sich gerne bei mir melden!

Ziel ist es, Steglitz-Zehlendorf zu einem klimaneutralen Bezirk zu machen. Was erwarten sie von Akteuren über die Bezirksverwaltung hinaus, den Kommunalpolitikern, den Bürgerinnen und Bürgern, von Gewerbetreibenden und der örtlichen Industrie?©

Klimaneutralität gelingt nur gemeinsam: Die Politik kann Klimaschutz mit Beschlüssen und Budgets voranbringen, Bürger*innen durch klimabewussten Konsum aktiv werden. Gewerbetreibende können Energie sparen sowie durch Innovationen und Kooperationen Impulse setzen. Entscheidend ist, dass alle ihren Handlungsspielraum nutzen.

Es soll ein Klimaschutzbeirat gegründet werden. Wer werden die Mitglieder sein, was sind seine Ziele?

Die Gründung befindet sich derzeit in Vorbereitung. Aktuell tausche ich mich

mit anderen Bezirken aus, um von bestehenden Strukturen zu lernen und ein Gremium zu entwickeln, das auch in Steglitz-Zehlendorf erfolgreich wirken kann.

Nach jetzigem Stand soll der Klimaschutzbeirat den Klimaschutz im Bezirk voranbringen und sich aus Vertreter*innen der Verwaltung, Politik, Wissenschaft, lokalen Initiativen, Wirtschaft, Bildungseinrichtungen und engagierten Bürger*innen zusammensetzen.

Wie kann es gelingen, dass der kommunale Klimaschutz zu einer Querschnittsaufgabe aller Ämter des Bezirksamts wird?

Viele Mitarbeitende berücksichtigen das Thema bereits bei der Planung und Umsetzung ihrer Aufgaben im Rahmen ihrer jeweiligen Bereiche.

Als Klimaschutzbeauftragte möchte ich die Ämter bei der Umsetzung von Klimaschutzprojekten unterstützen – sei es durch fachliche Begleitung, die Koordination zwischen verschiedenen Bereichen, die Förderung des Austauschs untereinander und mit externen Partner*innen oder bei der Einwerbung von Fördermitteln.

Neues Wahlkreisbüro von Martin Matz, MdA, in Lichterfelde eröffnet

Konrad Rux

Lichterfelde ist um einen politischen Begegnungsort reicher: Am 11. April wurde das neue Wahlkreisbüro von Martin Matz, unserem Vertreter im Berliner Abgeordnetenhaus, eröffnet.

In den frisch renovierten Räumen im Gardeschützenweg 96 kamen zahlreiche Gäste zusammen, um bei kühlen Getränken und einem liebevoll zubereiteten sizilianischen Buffet die Einweihung zu feiern.

Martin Matz hat gemeinsam mit seinem Team viel Zeit, Energie und Herzblut in die Gestaltung der neuen Räumlichkeiten investiert. Nach seinem Einzug ins Abgeordnetenhaus durch die Wiederholungswahl 2023 wurde er zunächst während der Suche nach einem neuen Büro vom SPD-Bundestagsabgeordneten

Ruppert Stüwe unterstützt, bei dem er vorübergehend in dessen Wahlkreisbüro unterkam.

Mit der Eröffnung des eigenen Büros haben die Anwohnerinnen und Anwohner des Wahlkreises nun die Möglichkeit, direkt mit ihrem Abgeordneten ins Gespräch zu kommen.



**Wahlkreisbüro Martin Matz MdA
Gardeschützenweg 96**
(Foto: Redaktion)

Während der Öffnungszeiten (Montag: 14:00–18:00 Uhr, Mittwoch: 10:00–14:00 Uhr, Donnerstag: 14:00–18:00 Uhr, Dienstag und Freitag nach Vereinbarung) und bei regelmäßig stattfindenden Sprechstunden können Anliegen besprochen, Ideen eingebracht oder Fragen gestellt werden.

Auch kleinere Veranstaltungen, Ausstellungen und Diskussionsabende sollen künftig in dem Büro stattfinden.

Martin Matz freut sich als Abgeordneter für Lichterfelde West und Zehlendorf-Süd sehr darauf, nun noch enger mit den Menschen vor Ort zusammenzuarbeiten und gemeinsam an Lösungen zu arbeiten, die das Leben im Bezirk und Land nachhaltig verbessern.

StVO In Berlin außer Kraft ? Jörg Hennerkes

Ja, was ist das denn? Mir fällt auf, dass offensichtlich die Straßenverkehrsordnung (StVO) in Berlin außer Kraft gesetzt wurde.

Überall Autofahrer, für die Rot nur noch eine schöne Farbe ist. Fußgänger warten oft nicht mehr auf das grüne Ampelmännchen.

Trifft beides zusammen, kann das zu einer Katastrophe führen.



Andernorts wird die Straße an gefährlicher Stelle überquert, wo doch die Ampel oder der Fußgängerüberweg so nah ist. Tempo-30-Zonen werden von den Autofahrern nicht mehr verstanden und Tempo 50 innerorts ist wohl auch nicht mehr als ein netter Vorschlag.

Die Straßenecken werden zugeparkt. Dass hier auch einmal die Feuerwehr oder ein Krankenwagen durchfahren müssen, wird als unwahrscheinlich abgetan.

Stehe ich an einem Fußgängerüberweg, so rauschen die Autos nur so an mir vorbei.

Der „Zebrastrifen“ gehört wohl nur noch zum Tier im Zoo. Auf dem Fußweg muss ich erst einmal darauf achten, ob hier nicht ein Rad- oder E-Bikefahrer jeden Alters in schnellem Tempo auf mich zu rast, an mir vorbeijagt oder mich von hinten ohne jedwedes Signal überholt.

Besonders cool finden es wohl die Jugendlichen, freihändig und mit Blick aufs Handy ihr Rad in schnellem Tempo zu bewegen.

Ich jedenfalls freue mich nicht, dass die Straßenverkehrsordnung in Berlin nicht mehr gilt.

Oder habe ich da etwas falsch verstanden?

Lebens- und lebenswerter Bezirk Steglitz-Zehlendorf Klaus Brückner

Wer hätte das gedacht? In Berlin sind die Menschen in Steglitz-Zehlendorf am glücklichsten!

Der Tagesspiegel hat im April seine jährliche – ausdrücklich als ‚nicht repräsentativ‘ bezeichnete – Online-Umfrage unter seinen Leser*innen zu verschiedenen Fragen durchgeführt. Die Ergebnisse wurden am 26. Mai 2025 in einem „ranking“ der 12 Berliner Bezirke nach der Bewertung von 3.200 befragten Bürger*innen zu verschiedenen Aspekten veröffentlicht.

Bei den Kitaplätzen liegt der Bezirk jedoch gleichauf mit Neukölln und Lichtenberg nur im Mittelfeld.

Zufriedenheit

Auf dem „Glücks- und Zufriedenheitsindex“ belegt unser Bezirk auf der Skala bis 5 mit 4,33 den höchsten Wert. Und auch unter anderen Aspekten einer „subjektiven“ Zufriedenheit landet unser Bezirk auf den ersten Plätzen - so bei der „Wohnsituation“ bei 4,52 und bei der „gefühlten Sicherheit“ bei 4,1 Punkten. Gegenüber dem Vorjahr hat Steglitz-Zehlendorf aber sowohl bei dem Gefühl „sozial eingebunden“ zu sein (3,95) als auch bei „Zufriedenheit mit der Politik im Bezirk“ (3,11) mit jeweils 4. Plätzen leicht schlechtere Bewertungen erhalten als z.B. Tempelhof-Schöneberg oder Spandau.



Foto: Redaktion

Auch wenn Glück und Zufriedenheit zu den wichtigsten Lebensgefühlen gehört, lohnt sich doch ein etwas genauerer Blick auf die Ergebnisse:

Bildung

In diesem Bereich hat der Bezirk keine ersten Plätze im Vergleich belegen können, erreicht aber bei den Angeboten an Schulen (3,48), Weiterbildungsmöglichkeiten (3,42), außerschulischen Bildungseinrichtungen (3,26) und Bibliotheken gute Noten und vordere Plätze.



Bei den Kitaplätzen liegt der Bezirk jedoch gleichauf mit Neukölln und Lichtenberg nur im Mittelfeld.

Mobilität

Noch zufriedenstellend, aber ebenfalls mit Einschränkungen wird die Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr bewertet. Die Parksituation und die Ausstattung mit E-Ladesäulen werden ebenfalls als einigermaßen zufriedenstellend eingestuft. Bei der Anzahl und dem Zustand der Radwege erreicht der Bezirk nur einen fünften Rang.

Nahversorgung

Hier erreicht Steglitz-Zehlendorf Spitzenwerte und gute vordere Plätze, generell bei den Einkaufsmöglichkeiten, und speziell bei vorhandenen Bäckereien und kleinen Läden sowie bei der Anzahl und Qualität der Wochenmärkte.

Bei Spätis landet unser Kiez allerdings etwas abgeschlagen auf dem vorletzten Platz...

Freizeit

Bei Grünflächen und Parks ist unser Bezirk nur knapp hinter Marzahn-Hellersdorf und Reinickendorf (jeweils 3,88) mit einem Wert von 3,87 auf dem dritten Platz gelandet und wird zusammen mit den dritten Plätzen bei den Möglichkeiten zur sportlichen Betätigung und des Zugangs zu Wasser mit einem hohen Freizeitwert bewertet.

Eingeschränkt sind allerdings die Bewertungen zu den gastronomischen (3,55) und zu den kulturellen (3,34) Angeboten im Bezirk.

Unser Fazit:

Ein schönes Ergebnis – aber kein Grund, sich darauf auszuruhen!

„Wir sind mehr“ erklingt es auf dem Bahnhofsvorplatz in Lichterfelde Ost am Samstag vor Weihnachten letzten Jahres. Die Kundgebung wurde organisiert als Reaktion auf einen brutalen Angriff mutmaßlich rechtsextremer Täter auf SPD-Parteimitglieder an einem Info-stand am Kranoldplatz in Lichterfelde Ost. Groß war die Bestürzung in der SPD, in den politischen Parteien aber auch in der Zivilgesellschaft in unserem Bezirk. Hunderte Menschen folgten dem Aufruf und setzten ein Zeichen für Freiheit und Demokratie. Doch nicht nur Parteifahren wurden geschwenkt, auch zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen, wie die „Omas gegen Rechts“ oder das Bündnis „Lichterfelde weltoffen“ beteiligten sich.

„Bei uns in Lichterfelde ist doch alles gut, Rechtsextremismus ist doch eher ein Thema in Marzahn-Hellersdorf“. Diese Aussage ist mir im letzten Wahlkampf begegnet. Doch gerade in Lichterfelde ist es wichtig, ein Zeichen für Weltoffenheit zu setzen: Auf der anderen Seite des Bahnhofs Lichterfelde Ost befindet sich etwa die „Staatsreparatur“ des früheren AfD-Abgeordneten Andreas Wild, in der regelmäßig Veranstaltungen zu rechtem Gedankengut angeboten werden und Rechtsextreme zu Gast sind.



Es lohnt sich, einen Blick in den Jahresbericht 2024 des „Register Steglitz-Zehlendorf“ über die Dokumentation von Rechtsextremismus und Diskriminierung bei uns im Bezirk zu werfen. Darin wurde ein Anstieg rechter, rassistischer, antisemitischer und weiterer diskriminierender Vorfälle im Bezirk Steglitz-Zeh-

lendorf verzeichnet. Mit 217 dokumentierten Fällen (mit einem Plus von 41 im Vergleich zum Vorjahr) wurde damit seit 2019 ein Höchststand erreicht.

129 Vorfälle fallen dabei in die Kategorie „Propaganda“, betreffen somit zum Beispiel Aufkleber, Flyer oder Schmierereien (2023: 121 Fälle). Im Verhältnis zur Gesamtzahl sind jedoch andere Vorfälle im Vergleich zum Vorjahr prozentual stärker angestiegen:

- Beleidigungen, Bedrohungen und Pöbeleien (2024: 34 Fälle (16%), 2023: 21 Fälle (12%))
- Veranstaltungen mit (extrem) rechter Ausrichtung: 2024: 24 Fälle (11%), 2023: 9 Fälle (5%)
- Sachbeschädigungen: 2024: 13 Fälle (6%), 2023: 4 Fälle (2%).

Die Vorfälle wurden dabei in allen 8 Ortsteilen des Bezirks erfasst – **den stärksten Anstieg gab es bei uns in Lichterfelde** (2024: 72 Vorfälle (33%), 2023: 42 Vorfälle (24%)). Häufig waren es Schmierereien oder Sticker, die sich gegen demokratische Parteien richten, aber auch rassistisch motivierte Vorfälle wurden gemeldet. Wie in den Jahren zuvor kam es zu Vorfällen bei Parteibüros, aber auch bei sozialen Einrichtungen und (Nachbarschafts-)Initiativen oder bei Aktionen für Demokratie/Vielfalt/Menschenrechte. „Die extreme Rechte richtet sich damit nicht mehr nur gegen linke Positionen oder gegen marginalisierte Menschengruppen, sondern bezieht sich auf demokratische Prozesse und greift Menschen an, die diese nach außen vertreten und für Werte wie Solidarität und Gerechtigkeit eintreten.“ Gewarnt wird vor der Normalisierung menschenfeindlicher Ideologien und es wird mehr gesellschaftliche und politische Wachsamkeit gefordert. Diese Einschätzung muss uns aufrütteln. Denn eine ähnliche Verschiebung gibt es auch in den Debatten auf Landes- oder bundespolitischer Ebene.

Nicht zuletzt ist auch seit kurzem der Begriff des Rechtsextremismus wieder in aller Munde, nachdem am 02.05.2025 der Verfassungsschutz die AfD als „gesichert rechts-extremistische Bestrebung“ eingestuft hat. Gegen diese Einstufung wehrte sich die AfD juristisch mit



Klage und Eilantrag, woraufhin die Einstufung vorerst mit einer „Stillhaltezusage“ ausgesetzt wurde. Damit ist aber diese Einschätzung nicht zurückgenommen – vielmehr handelt es sich um normale juristische Prozesse, die nichts über den späteren Verfahrensabschluss aussagen. Sie geben den Richterinnen und Richtern lediglich Zeit, die mehr als 1000 Seiten des Gutachtens durchzuarbeiten und zu einem sachgemäßen Urteil zu kommen.

Wir müssen die Zeit nutzen, um wachsam zu sein, was bei uns vor der Haustür passiert, was in unserem Bekanntenkreis geäußert wird. Lassen wir nicht zu, dass Gewalt ein Mittel der politischen Kommunikation wird, stehen wir ein für ein weltoffenes, buntes und lebenswertes Lichterfelde!

Das Register Steglitz Zehlendorf erreichen Sie über:

<https://berliner-register.de/register/steglitz-zehlendorf>

E-Mail: sz@berliner-register.de

Impressum / Kontakt

Herausgeberin:

Abteilung Lichterfelde West der SPD
www.spd-lichterfelde-west.de

ViSdP: Alexander Niessen,
SPD-Kreisbüro
Thaliaweg 15, 12249 Berlin

Telefon: 76 67 985 4 (Kreisbüro)

E-Mail: info@spd-lichterfelde.de

Fotos:

Druck: LaserDruck, Berlin - klimaneutral.

Die Redaktion freut sich über Hinweise, Kritik und Mitarbeit an der nächsten Ausgabe.

„Ich bin glücklich, in Deutschland leben zu können. Aber ich bin auch traurig, dass Frauen und Mädchen in meiner Heimat Afghanistan nicht frei sein können.“ So beschreibt die 55jährige Shokrya in unserem Gespräch ihre Gefühle - zehn Jahre nachdem sie 2015 mit tausenden anderer Flüchtlinge nach Deutschland gekommen ist.

Shokrya ist eine freundliche Frau. Sie lacht gern – auch über sich selbst. Dabei hat ihr bisheriges Leben wenig Anlass zu Freude gegeben. In Afghanistan ohne jede Schulbildung aufgewachsen, hat sie 18jährig geheiratet. Ihr Mann fand Arbeit im Iran und sie ist mit ihm dort hin gegangen. „Ich war dort Hausfrau und bekam drei Kinder“, das sei ihr Leben dort gewesen. Nachdem ihr Mann tödlich verunglückt war, hat sie sich in einer frauenfeindlichen Gesellschaft mehr schlecht als recht durchgeschlagen. Ihre Söhne haben sich als junge Erwachsene allein auf den Weg in die Freiheit gemacht. Sie hat sie dabei unterstützt. Einer von ihnen ist Fernfahrer in den USA, der andere arbeitet in Norddeutschland.

Als sie 2015 erfuhr, dass die „Grenzen zu Deutschland geöffnet“ worden seien, verkaufte sie ihr wenig Hab' und Gut, Verwandte liehen ihr das fehlende Geld für den „Schleuser“. Sie machte sich mit ihrer 14jährigen Tochter auf den Weg. Mit erstaunlichem Gleichmut beschreibt sie ihre lange, mühsame und gefährliche Reise. Lange Fahrten in klapprigen Bussen, nächtliche Wanderungen auf versteckten Wegen in die Türkei und eine lebensgefährliche Überfahrt in einem kleinen Boot nach Griechenland – immer in der Angst, von Grenzpolizisten aufgegriffen zu werden. Und schließlich – nach vielen weiteren heimlichen Grenzübertritten auf dem Balkan – ein begeisterter Empfang durch eine Menschenmenge am Münchner Bahnhof.

Zunächst versucht sie, zusammen mit Sohn und Tochter nach Schweden weiterzureisen. Die Ausreise wird unterzogen, und sie wird mit ihrer Tochter nach

Berlin gebracht. Sie verbringt mehr als zwei Jahre am ehemaligen Flughafen Tempelhof in einer „riesigen Halle mit ganz vielen Menschen“. Ihre Tochter geht zur Schule, sie selbst verbringt ganze Tage auf ihrer Schlafpritsche. Es gibt nichts zu tun und anders als den Flüchtlingen arabischer Herkunft, seien ihnen als Afghanen keine Sprachkurse angeboten worden

Nach langem Drängen sorgen freiwillige Betreuer aus Tempelhof - „wunderbare junge Menschen“ - für den Umzug in ein Schöneberger Wohnheim. Das sei auch nicht angenehm gewesen, aber sie habe endlich an einem Deutschkurs teilnehmen können. Beim „lock down“ wegen der Corona-Pandemie im Frühjahr 2020 wurden die Angebote aber rasch wieder eingestellt.

Eine Nähstube in Zehlendorf bringt die Wende. Shokrya näht gern und hat dort mit anderen Flüchtlingen Beschäftigung gefunden. Dort trifft sie Sabine, die Shokryas Willen erkennt, ihre eigene Lage verbessern zu wollen. Gemeinsam mit ihrem Ehemann Peter hat sie für Mutter und Tochter eine kleine Wohnung besorgt, Shokrya eine Arbeit bei der Essensausgabe in einer Grundschule und der Tochter einen Ausbildungsplatz als Krankenpflegerin organisiert.



nicht geschafft. Als Analphabetin ist sie einfach nicht in der Lage, gesprochene Wörter in Schrift umzusetzen. Sie ist glücklich, dass sie und ihre Tochter hier – anders als in Afghanistan - keine Angst haben müssen. Sie hat zu keiner Zeit ihre Entscheidung bereut.

Ein wenig Sorge vor der Zukunft hat sie dennoch. Sie ist sicher, dass ihre Kinder ihren eigenen Weg gehen werden. Aber sie selbst möchte auf eigenen Füßen stehen. Die Arbeit in der Grundschule macht ihr Freude, füllt sie aber nicht aus.

Sie möchte gerne „richtig arbeiten“ – in einem Restaurant oder auch in einem kleinen Laden im Verkauf. Sie weiß, dass sie ohne die B1 Prüfung kaum eine Chance hat. Und sie spürt, dass sie noch lange auf Menschen wie Sabine und Peter angewiesen ist, die ihr Mut machen und ihr im Alltag helfen.

Auf meine Frage, was sie sich am meisten wünscht, antwortet sie ohne Zögern: „Ich wünsche mir, dass das Leben für die Menschen in Afghanistan so gut ist wie in Deutschland.“ Und „es wäre schön, wenn die Sprachprüfung etwas einfacher wäre“.

Die berührende Geschichte von Shokrya, einer mutigen Frau, die für sich und ihre Kinder viel riskiert hat. Mir stellt sich nach dem Gespräch die Frage, ob Shokrya erfolgreich in Deutschland integriert ist. Die Antwort fällt mir nicht leicht. Sie lautet wohl eindeutig „nein“, wenn wir unsere Erwartungen, die Forderungen aus der Politik und der öffentlichen Diskussion als Maßstab anlegen.

Für Shokrya ist „Integration“ eine eher abstrakte Erwartung der hiesigen Gesellschaft. Für sie ist wichtig, dass sie und ihre Tochter sich jetzt frei und geborgen fühlen können. Das gibt ihr die Sicherheit, mit der gefährlichen Flucht eine richtige Entscheidung getroffen zu haben.

Ihr Streben nach größerer Unabhängigkeit von der Fürsorge freundlicher Menschen ist dem natürlichen Wunsch eines jeden Menschen geschuldet, ein weitgehend selbstbestimmtes Leben führen, arbeiten und für die eigenen Kinder sorgen zu können.

Shokrya zeigt den Willen und hat die Kraft, die notwendigen Schritte zu gehen. Und sie hofft, dass sie die gesellschaftlichen Erwartungen an „gelungene Integration“ erfüllen kann, wenn sie ihre persönlichen Ziele erreicht. Das will sie schaffen. Sie braucht aber konkrete Unterstützung, um ihren Analphabetismus und damit verbundene Hürden überwinden zu können.

Die Stimmung in unserem Land, in der Politik und in den oft wenig flexiblen Verwaltungen vermitteln aber nur wenig Zuversicht, dass Shokrya die Idealvorstellungen für „gelungene Integration“ erfüllen kann.

Wie geht's weiter mit den Musikschulen in Berlin?

Aufgrund einer geänderten Rechtsprechung muss das Land Berlin bald alle Honorarlehrkräfte der Musikschulen fest anstellen. In Berlin betrifft das etwa 1.850 Lehrende und würde ca. 20 Millionen Euro Mehrkosten verursachen. Das ist aus den bisherigen Bezirksmitteln zur Musikschulfinanzierung, die bisher vom Land Berlin zur Verfügung stehen, nicht leistbar.

Ich habe mich mit einigen Lehrkräften aus Steglitz-Zehlendorf dazu ausgetauscht. Viele – wenn auch nicht alle – Beschäftigte wünschen sich die Festanstellung. Diese bietet mit den Sozialversicherungen gegenüber Honorarverträgen eine weitaus bessere Absicherung.

Die Senatsfinanzverwaltung hat verdeutlicht, dass kurzfristig keine zusätzlichen Mittel zur Verfügung stehen.

Die wünschenswerte dauerhafte Erhöhung des Etats für die bezirklichen Musikschulen ist bei dem kaum vorhandenen finanziellen Spielraum nicht einfach.

Eine gewisse Erleichterung schafft die Übergangsfrist bis Ende 2026, in der die Verpflichtung zur Festanstellung ausgesetzt ist.

Wir als SPD wollen den Anteil der festangestellten Musikschullehrerinnen und -lehrer erhöhen, denn wer beruflich hauptsächlich auf Musikunterricht angewiesen ist, braucht auch die soziale Absicherung. Das Gerichtsurteil ist ja aus guten Gründen zustande gekommen.

Wiedereröffnung der Gemeinschaftsunterkunft Finckensteinallee weiterhin geplant

Ende 2023 musste die Gemeinschaftsunterkunft Finckensteinallee wegen baulicher Mängel und Wassereintrüben abgerissen werden.

Ca. 135 Bewohnerinnen und Bewohner mussten kurzfristig auf andere Unterkünfte verteilt werden. Für viele bedeutete dies nicht nur den Verlust ihres vertrauten Umfelds, sondern auch den Verlust von nachbarschaftlichen Kontakten und sozialen Strukturen.



Einige Betroffene mussten sogar in weit entfernte Bezirke umziehen, was ihren Alltag und ihre Integration erheblich erschwert. Das eigentliche Ziel soll die eigene Wohnung sein, aber das gibt der Wohnungsmarkt in Berlin derzeit leider meistens nicht her.

Die Gemeinschaftsunterkunft soll 2026 wieder in Betrieb gehen. Es sollen dann erstmalig die vollen 250 Plätze zur Verfügung stehen. Noch ist aber keine Neuerrichtung zu sehen.

Die SPD wird darauf drängen.

Junge Menschen bekommen eine Stimme im Bezirk

Bessere Bürger*innenbeteiligung ist eines der zentralen Anliegen der Bezirkszählgemeinschaft aus SPD, Grünen und FDP. Denn bei der Gestaltung unseres Bezirks sollen alle die Möglichkeit haben, ihre Ideen und Bedarfe einzubringen.

Für Kinder, Jugendliche und junge Menschen fehlte es dazu bisher an Verbindlichkeit. Mit dem Förderprogramm „Partnerschaften für Demokratie“ wurde deshalb auf Initiative der Stadträtin für Jugend und Gesundheit, Carolina Böhm (SPD), ein Projekt zur Einrichtung eines Gremiums zur Kinder- und Jugendbeteiligung begonnen. Die Ausgestaltung soll in den Händen der Jugendlichen liegen. Die Vorschläge werden in offenen Workshops entwickelt, in denen auch über die Bezirkspolitik informiert wird.

Schon im nächsten Jahr soll die Geschäftsordnung der Bezirksverordnetenversammlung angepasst werden. Als SPD meinen wir, dass diese Veränderung gut und dringend geboten ist. Demokratie kann nur gut funktionieren, wenn wirklich alle einen Platz am Tisch haben!

Gutes Klima für Lichterfelde: Entsiegelung des Platzes des 4. Juli beginnt

Der Platz des 4. Juli in Lichterfelde wird endlich teilweise entsiegelt und damit zu einer kleinen, grünen Oase für Mensch und Umwelt. Künftig kann dort Regenwasser auch bei den durch den Klimawandel begünstigten Starkregenfällen besser versickern und in unsere trockenen Böden gelangen. Andererseits wird aus grauem und heißem Asphalt ein Nahrungs- und Lebensraum für Tiere, der zudem uns Menschen Abkühlung liefert. Wir freuen uns über



diese Maßnahme zur Klimaanpassung, wissen als SPD aber auch, dass die Stadt für alle da sein muss.

Es ist erfreulich, dass gemeinsam mit den Motorrad-Fahrschulen als bisherigen Nutzern ebenso wie für die Parkplatzsituation Lösungen gefunden wurden.

Ein schöner Nachweis dafür, dass eine breite Beteiligung auch bessere Lösungen ermöglicht und damit unser Viertel immer lebenswerter wird.